

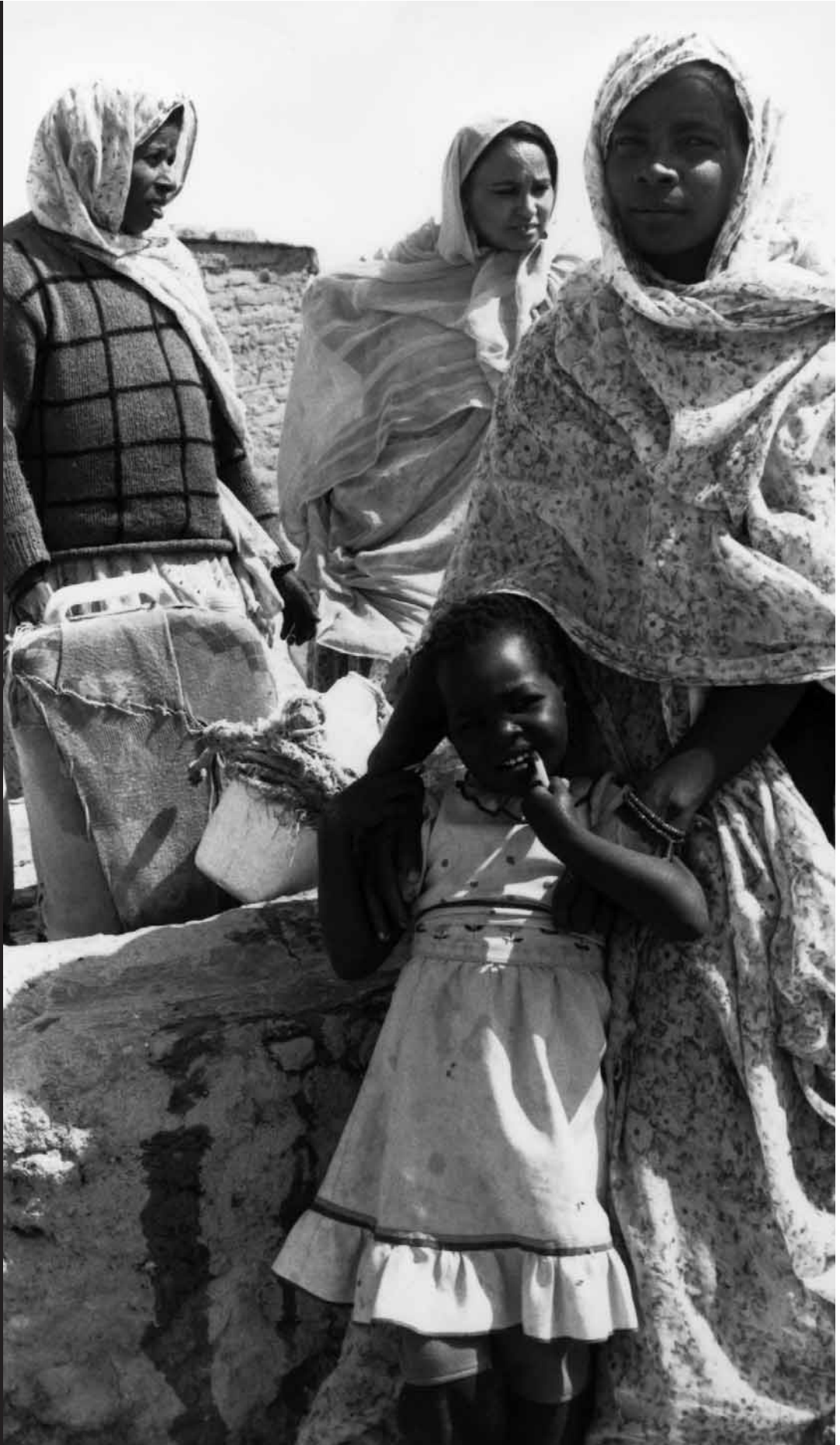
afrika-bulletin

.....
Nummer 124

Nov. / Dez. 2006
Fr. 4.-/Euro 3.-



Westsahara – Kapitulation des Völkerrechts?





Unser Titelblatt

Zehntausende sahrauischer Flüchtlinge leben in den Lagern in der Sahara in der Nähe der algerischen Siedlung Tindouf. In den Lagern ist in den vergangenen Jahrzehnten eine funktionierende Zivilverwaltung aufgebaut worden: Schulen, Spitäler, Verwaltung. Unser Bild: Frauen an einem Brunnen in Smara – die Lager tragen die Namen der Siedlungen in der besetzten Westsahara.

Foto: Elisabeth Bäschlin, SUKS

1976 verkündigte die Demokratische Arabische Republik Sahara die Unabhängigkeit. Gleichzeitig folgte die Annektion durch Marokko. Vorausgegangen war ein Jahrhundert spanischer Kolonialisierung. Seither herrscht Stillstand. Mit mehreren internationalen Initiativen ist versucht worden, die Sahara-Frage zu lösen. Doch immer und immer wieder sperrt sich Marokko gegen alle Schritte, die auch nur im Ansatz die Annektion in Frage stellen könnten.

Selbst eine Volksbefragung, das einfachste Mittel, um den Willen der Bevölkerung der Westsahara zu ergründen, ist nicht machbar. Marokko will nämlich die zwischenzeitlich in der Westsahara angesiedelten Marokkaner ebenfalls am Referendum beteiligen, was bei einer ursprünglichen Bevölkerungszahl von rund 250 000 Menschen rasch zum gewünschten (pro-marokkanischen) Ergebnis führen würde. Selbst als das Gefeihsche um die Teilnahmeberechtigung gelöst werden konnte und die Abhaltung eines Referendums möglich schien, machte Marokko wiederum einen Rückzieher – und seither herrscht Stillstand.

Die UNO und westliche Staaten packen die Sahara Frage ebenfalls nicht an. Die UNO-Präsenz in der Westsahara ist zu einer Staffage verkommen, Lösungsvorschläge wurden im Gehalt immer dünner und dünner, in der Hoffnung, Marokko würde einmal zustimmen können. Druck kommt ebenfalls nicht von der ehemaligen Kolonialmacht Spanien, die lieber die reichen Fischfanggründe vor der Küste leerfischt – mit Billigung Marokkos.

Ist das sahrauische Volk in einer ohnmächtigen Lage? Es scheint so, als ob gegen die Passivität der Grossen kein Kraut gewachsen ist. 30 Jahre im algerischen Exil in der unwirtlichen Sahara-Wüste beweisen zwar einen enormen Durchhaltewillen, doch kann dieser nicht auch in Resignation kippen? Kommt dazu, dass die Sahara-Regierung nicht immer die menschenfreundlichste Haltung hatte, gerade auch den eigenen Leuten gegenüber.

Mit dieser Ausgabe des Afrika-Bulletins wollen wir an diese nunmehr mehr als 30 Jahre dauernde völkerrechtswidrige Lage in der Westsahara erinnern. Dem Schweizerischen Unterstützungskomitee für die Sahraouis danken wir für die Beiträge in dieser Ausgabe. ■

Hans-Ulrich Stauffer

Impressum

Ausgabe 124 | November/Dezember 2006

ISSN 1661-5603

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 31. Jahrgang.
Herausgeberin: Afrika-Komitee, Basel.

Redaktion: Hans-Ulrich Stauffer
Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat

Afrika-Komitee: Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz
Telefon (+41)61-692 51 88 | Fax (+41)61-269 80 50
e-mail Redaktionelles: baud.stauffer@bluewin.ch
e-mail Abonnemente und Bestellungen: afrika-komitee@absa.ch
Postcheck-Konto Basel 40-17754-3
BRD-Konto: B. Felber, Basel, 329 50-754
Postbank Karlsruhe (BLZ 660 100 75)

Das Afrika-Komitee im Internet: www.absa.ch/AK.htm
E-Mail-Adresse: afrika-komitee@absa.ch

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Gertrud Baud, Susy Greuter, Kinshasa; Pius Frey, Comedia, St. Gallen;
Elisabeth Bäschlin, Barbara Weiermann und Emeanuel Martinoli, SUKS, Bern;
Catherine Mackenzie, KKM Mosambik.

Gestaltungskonzept: **TYPOHALLER**
Layout: 9*6 | Konzeptionelle Welten | Basel
Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage
Jahresabonnement: Fr. 25.–/Euro 20.–
Unterstützungsabonnement: Fr. 50.–/Euro 35.–
Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 40.– ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 125:
20. Dezember. Themen der nächsten Ausgaben:
Indigene im südlichen Afrika, Sudan und Darfur,
Probleme der Entwicklungshilfe und -zusammenarbeit, Beiträge zur Kultur.
Interessenten an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

Ihre Einzahlung

Die Post kassiert!

Auf Januar 2007 werden die Gebühren für Bareinzahlungen erhöht. Bei Einzahlungen am Postschalter mit dem roten Einzahlungsschein werden dem Empfänger Fr. 1.50 belastet! Bitte überweisen Sie uns Ihre Einzahlung ab Postcheck- oder Bankkonto.

Dekolonisierung der Westsahara

Eine Geschichte ohne Ende

Die Westsahara ist ein Schulbeispiel dafür, dass die UNO, obwohl für die Dekolonisierung der ehemaligen Kolonien zuständig, nicht fähig ist, diesen Konflikt zu lösen. Die Rechtslage mag noch so klar sein, ausschlaggebend sind schlussendlich die internationalen Machtverhältnisse. Ein Blick auf die letzten Entwicklungen in diesem vergessenen Konflikt von Emmanuel Martinoli.

Resultat des UNO-Friedensplans von 1991, der von beiden Konfliktparteien angenommen worden war, ist der noch heute geltende Waffenstillstand. Dagegen wurde die im Plan ebenfalls vorgesehene Volksbefragung noch immer nicht durchgeführt. Grund dafür sind

die vielfältigen Hindernisse, mit denen Marokko die Durchführung eines Referendums behindert. Um aus dieser Sackgasse herauszukommen, hatte der UNO-Sicherheitsrat 1997 den ehemaligen amerikanischen Außenminister James Baker beauftragt, nach einer politischen Lösung zu suchen, welche das Selbstbestimmungsrecht der Sahraouis respektierte.

Nach dem Misserfolg eines ersten Alternativvorschlags, dem «Rahmen-Abkommen», legte Baker einen Friedensplan mit Selbstbestimmung für das Volk der Westsahara vor, den «Baker-Plan II», der Mitte 2003 vom Sicherheitsrat bestätigt wurde. Beide Vorschläge sahen eine mehrjährige Übergangszeit unter sahraouischer Selbstverwaltung vor, an deren Ende ein Referendum zur Selbstbestimmung durchgeführt werden sollte. Nach dem Baker-Plan II sollte die Übergangsverwaltung über mehr Befugnisse verfügen als im ersten Vorschlag und in der Volksbefragung sollten verschiedene Varianten für den zukünftigen Status des Gebietes vorgelegt werden, wie Unabhängigkeit, Anschluss an Marokko oder Autonomie. Im Unterschied zum ursprünglichen Friedensplan sollte die Westsahara aber während der Übergangszeit weiterhin unter marokkanischer Oberherrschaft stehen.

Die Frente Polisario lehnte den ersten Vorschlag ab, erklärte sich aber bereit, den zweiten mit Anpassungen anzunehmen. Im Gegensatz dazu akzeptierte Marokko den ersten Baker-Plan, lehnte jedoch den zweiten Vorschlag ab, da er den Sahraouis ein Recht auf Selbstbestimmung garantierte. Der Sicherheitsrat war nicht bereit, Druck auf Marokko auszuüben, vielmehr begnügte er sich im April 2004 nochmals damit, den Baker-Plan II zu empfehlen, verlangte aber gleichzeitig, als Konzession an Marokko, dass nach einer «politischen und für beide Seiten annehmbaren Lösung» gesucht werde, obschon genau dies sich als unmöglich erwiesen hatte, da Marokko den Sahraouis kein Recht auf Selbstbestimmung zugestehen will. Baker, der sich desavouiert sah, zog die Konsequenzen und demissionierte im Juni 2004. Für die marokkanische Diplomatie war dies ein Triumph.

Geopolitische Logik

Unterdessen hatte sich die geopolitische Lage verändert. Als Folge der terroristischen Anschläge vom 11. September kündigte Präsident Bush Ende 2003 an, dass die USA ihre Beziehungen zu Marokko zu verbessern wünschten. Marokko wurde zum «major non-NATO ally» (wichtigster Nicht-Nato-Partner) befördert und somit zu einem wichtigen Partner im Kampf gegen den Terrorismus im Raum Sahel-Sahara. Die bei-

den Länder schlossen im März 2004 ein Freihandels-Abkommen ab. Ermutigt durch diese wohlwollende Haltung der USA verkündete Marokko im September 2004, ein Referendum in der Westsahara sei undurchführbar, Marokko würde den Baker-Plan II definitiv zurückweisen und werde in Bälde einen eigenen Autonomie-Vorschlag für das Gebiet vorlegen. Die Frage der Westsahara wurde nun für die US-amerikanische Diplomatie zu einem «regionalen Problem, das im Rahmen der UNO zu lösen» sei. Der Form halber verlangte John Bolton, der neue UNO-Botschafter der USA, von Marokko, «ein ernsthaftes Projekt mit glaub-



würdigen Vorschlägen» vorzulegen.

Trotz dem amerikanischen Desinteresse gab die UNO nicht auf. So ernannte der Sicherheitsrat im Juli 2005 einen neuen persönlichen Vertreter Kofi Annans mit dem Auftrag, die Situation zu deblockieren. Peter van Walsum, ein Holländer, machte darauf zweimal die Runde in den Hauptstädten der im Konflikt involvierten Länder. Im Januar 2006 sprach er sich für Verhandlungen aus. In seinem Bericht vom April 2006 stellt der Generalsekretär der UNO sehr realistisch fest, dass die Sackgasse total ist. Kein Staat sei bereit, auf Marokko irgendwelchen Druck auszuüben, obschon niemand die Souveränität Marokkos über die Sahara anerkennt. Er schlug direkte Verhandlungen unter UNO-Aufsicht vor. In seiner letzten Resolution übernahm darauf der Sicherheitsrat nur noch seine frühere Formulierung einer beiderseits akzeptablen Lösung, «welche eine Selbstbestimmung im Rahmen der UNO ermöglichen» sollte, ohne jedoch den Baker-Plan zu erwähnen. Gleichzeitig verlängerte er das MINURSO-Mandat bis zum 31. Oktober 2006. In der

Die «Marktstrasse» im Lager Dahkla: Das Nötigste kann gekauft oder repariert werden. Doch alles muss über tausende von Kilometern herbei transportiert werden.
Foto: Elisabeth Bäschlin, SUKS



oben:
Ein Zelt wird hergestellt.
Dazu dient die «Tonija»,
die Gemeinschaftsarbeit,
an der sich auch Nach-
barn beteiligen.
Foto: François Gribi, Bern

unten:
Gastfreundschaft – Auch
wenn die Sahraouis unter
schwierigsten Beding-
ungen leben, sind Gäste
stets willkommen. Das
Tee-Zeremoniell ist nicht
wegzudenken aus dem
Alltag.
Foto: Stefan Süß

Zwischenzeit ist jedoch nichts geschehen. Man wartet immer noch auf den Inhalt des Autonomie-Projektes, das der marokkanische König Mohamed VI. im April 2006 mit grossem Tamtam angekündigt hatte. Es soll nun diesen Herbst endlich bekannt gegeben werden. Offiziell hat aber bis heute kein einziger Staat das Konzept unterstützt.

Der Misserfolg der Baker-Plans II ist nicht allein auf den Rückzug der US-amerikanischen Unterstützung zurückzuführen. Er ist auch Folge der politischen Kursänderung Spaniens. Bei der Machtübernahme der Sozialisten im März 2003 hat Zapatero in einer ersten Phase das Recht der Sahraouis auf Selbstbestimmung auf dem Altar der guten Beziehungen Spaniens mit Marokko geopfert. Heute hat sich die Stellung Spaniens wieder derjenigen der UNO angenähert und es verlangt Verhandlungen auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes. Andererseits darf die Bedeutung der beharrlichen Unterstützung der marokkanischen Politik durch Frankreich nicht unterschätzt werden.

Sahraouische Intifada

Ein neues Element im Konflikt ist aufgetaucht. Seit mehr als einem Jahr legt ein Teil der sahraouischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten und in Südmarokko seine Sympathien für eine Unabhängigkeit offen an den Tag. In Strassendemonstrationen werden der Abzug der marokkanischen Besetzung und das Selbstbestimmungsrecht gefordert, Menschenrechtsgruppierungen entstehen und treten für das Recht auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit ein. Besonders die Jugendlichen, die nichts anderes als die Besetzung gekannt haben, sind aktiv. Blitzaktionen wie Polisario-Fahnen an Telefonmasten aufhängen, sind an der Tagesordnung. Die Mittelschulen, die mehrheitlich von sahraouischen Schülern besucht werden, werden polizeilich überwacht.

Die Antwort der marokkanischen Behörden ist Repression. Polizeiliche Ausschreitungen, Verhaftungen, Gewaltanwendungen bis zu Todesfällen finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der UNO-Mission statt. Mit unter Folter erzwungenen Geständnissen werden groteske Haftstrafen gegen Demonstranten ausgesprochen. Im Laufe des Jahres 2006 wurden dank zweier königlicher Amnestien alle politische Häftlinge aus dem Gefängnis entlassen, auch die Sahraouis. Seit Anfang September sind aber bereits wieder 30 verhaftet worden.

«Seit Mai 2005 reissen die Unabhängigkeitsdemonstrationen in den beiden grossen sahraouischen Städten El Aaiún und Smara nicht mehr ab», schreibt Khadija Mohsen-Finan in «Le Monde diplomatique» von Januar 2006. «Durch ihre gewaltsame Unterdrückung hat sich die Lage im Gebiet gefährlich zugespitzt... Doch die Demonstrationen von El Aaiún und Smara zeigen, dass der Westsaharakonflikt keinesfalls nur mit Phosphat, Fischgründen und den politischen Interessen Marokkos und Algeriens zu tun hat.»

In einem Offenen Brief vom August 2005 schreibt der marokkanische Journalist Abubakr Jamaï, Herausgeber des «Journal hebdomadaire», an König Mohamed VI.: «Die Lage in der Sahara entwickelt sich für Marokko zu einer Belastung. Die Öffentlichkeit hat den vagen Eindruck, dass unsere Sache ins Rutschen geraten ist. Sie ahnt auch, dass eine ungünstige Lösung des Konflikts eine Periode der Instabilität eröffnen wird, die für die Zukunft des Landes katastrophal sein könnte. Die Monarchie würde einen solchen Misserfolg schwerlich überleben, und unser Land müsste einen hohen Preis bezahlen.»

Die Instabilität, die Jamaï befürchtet, ist bereits sehr real. Die mächtige islamistische Bewegung, aktuell die einzige organisierte Alternative zur Monarchie, hat bereits begonnen, die Armee zu infiltrieren. Laut einer aktuellen Umfrage wird der Stimmenanteil der PJD, die legale islamistische Partei um Cheikh Yassin, bei den bevorstehenden Wahlen auf 45% der Stimmen geschätzt. Sie könnte versucht sein, eine Demokratie nach ihrem Gusto zu errichten. Der König hat vor kurzem in den Geheimdiensten wieder für Ordnung gesorgt, aber wie lange wird er seine schon heute angeschlagene Autorität halten können?

Die Weigerung Marokkos, jegliche Lösung des Konfliktes anzunehmen, welche nicht eine Autonomie unter seiner Souveränität beinhaltet, hat, in Anbe-

tracht der Schwäche der UNO, sowie des vorsichtigen Lavierens der USA und der spanischen Wankelmütigkeit, zu derselben Situation geführt, wie sie vor 1991 bestand, mit dem Waffenstillstand als Zugabe. End-Oktober 2006 läuft das Mandat der MINURSO einmal mehr aus. Die Positionen der beiden Konfliktparteien sind weiterhin unvereinbar und eine Lösung des Konfliktes ist nach wie vor nicht in Sicht. ■

Umfassendere aktuelle Analysen

- Maria J. Stephan and Jacob Mundy, A Battlefield Transformed: from Guerilla Resistance to Mass Nonviolent Struggle in the Western Sahara, in: Journal of Military and Strategic Studies. Spring, Vol. 8, Issue 3. 2006; www.nonviolent-conflict.org/PDF/JMSS-MStephan.pdf
- Anna Theofilopoulou, The United Nations and Western Sahara: A Never-ending Affair, in: Special Report No. 166 (July), United States Institute of Peace, Washington 2006 www.usip.org/pubs/specialreports/sr166.pdf
- Mahjoub Toubji, Les officiers de Sa Majesté. Fayard, Paris 2006
- Yahia H. Zoubir, La politique étrangère américaine au Maghreb: constances et adaptations. In: Meria. Journal d'étude des relations internationales au Moyen-Orient, Vol. 1, No.1 (juillet 2006), Seiten 115–133. meria.idc.ac.il/journal_fr/2006/MERIA_fr_v1n1_Zoubir.pdf



Lebensmittelverteilung im Lager Tifariti.
Foto: Elisabeth Bäschlin, SUKS

Sahara



Fläche: 251 000 km²

BewohnerInnen (1994): 252 000 Personen

Hauptstadt: El-Aaiun

Rohstoffe: Phosphatmine in Bou-Cra;

Fischgründe, Erdölvorkommen vermutet

Die sahraouische Bevölkerung, die nicht unter marokkanischer Herrschaft lebt, lebt in Lagern im algerischen Tindouf.

Unterstützung für die Sahraouis

Schweizerisches Unterstützungskomitee für die Sahraouis

Das Schweizerische Unterstützungskomitee für die Sahraouis (SUKS) wurde 1975 gegründet mit dem Ziel, die Sahraouis in ihrem Kampf für das Selbstbestimmungsrecht zu unterstützen.

Das SUKS macht Info-Arbeit in der Schweiz zu dem von der Weltöffentlichkeit weitgehend ignorierten Konflikt um die Westsahara und unterstützt den Aufbau der Zivilgesellschaft im Exilstaat Westsahara in den Flüchtlingslagern bei Tindouf.

Unser aktuelles Projekt ist die Unterstützung von Jugendzentren der UJSARIO, der sahraouischen Jugendorganisation.

Für weitere Auskunft oder Kontakt: SUKS, Postfach 8205, 3001 Bern (PC 50-9009-6). suks@arso.org
Laufend aktuelle Informationen zur Westsahara (französisch, englisch, spanisch): www.arso.org

Eine potentielle Schatzkammer

Seit über 30 Jahren illegale Besetzung

Seit über 30 Jahren hält Marokko widerrechtlich das Gebiet der ehemaligen spanischen Kolonie Sahara besetzt. UNO-Beschlüsse über die Abhaltung eines Referendums über die Unabhängigkeit oder den Anschluss an Marokko werden ohne Konsequenzen von Marokko ignoriert. Das Selbstbestimmungsrecht des saharauischen Volkes wird derweil weiter unterlaufen, indem immer mehr marokkanische Siedler als legitimiert bezeichnet werden, an einem allenfalls doch noch durchzuführenden Referendum abstimmungsberechtigt zu sein. Bis anhin kaum thematisiert sind die wirtschaftliche Gründe für Marokkos Besetzung. Ein Bericht von Elisabeth Bäschlin und Barbara Weingartner.

Erste spanische Handelsniederlassungen an der Küste der Westsahara gab es schon im 15. Jahrhundert. An der Berliner Konferenz von 1884/85 wurde dann die Vorherrschaft Spaniens über das Gebiet der Westsahara von den europäischen Mächten offiziell anerkannt. In den folgenden Jahren regelten weitere Abkommen zwischen Frankreich und Spanien die gegenseitigen Einflussbereiche. Damit war auch die Grenze der spanischen Kolonie Sahara festgelegt. Die Präsenz der Spanier blieb aber im Wesentlichen auf die drei Handelsniederlassungen von Tarfaya, Villa Cisneros und La Guera beschränkt. Bis 1934 unternahm Spanien praktisch nichts, um das Landesinnere zu kontrollieren. Die Bevölkerung der Westsahara blieb mehr oder weniger unabhängig.



Phosphat-Mine Bou Craa.

1934 begann Frankreich, Südmarokko und die algerisch-marokkanischen Grenzgebiete, die sich bisher seiner Kontrolle noch entzogen hatten, zu befrieden. Auch Spanien nutzte diese Gelegenheit, die direkte Herrschaft endlich über das ganze Gebiet seiner Saharakolonie auszudehnen. Es richtete permanente Militärposten ein und kontrollierte Smara, die Gebiete des Zemmour und des Rio de Oro.

Bis in die 1950er Jahre spielte die Sahara aber keine bedeutende Rolle für Spanien. 1952 gab es im ganzen Gebiet nur 216 zivile Angestellte – davon 155 Saharauis – und 24 Telefonabonnenten. Die Westsahara war eine «Prestige-Kolonie, ohne jeden ökonomischen oder strategischen Wert für Spanien».

Bodenschätze

Mit der Entdeckung von Bodenschätzen in der Westsahara änderte sich die Situation schlagartig. 1947 wurden Phosphatvorkommen entdeckt und in den 50er Jahren Eisenlager in Agracha, in der Nähe der

mauretanischen Erzgruben von Zouérate. Dabei stiess man auch auf den äusserst seltenen und kostbaren Rohstoff Vanadium, der für die Raum- und Luftfahrt von Bedeutung ist. Im Rahmen gross angelegter geologischer Studien wurden in den 60er Jahren weitere Bodenschätze nachgewiesen: Wolfram, Platin, Gold, Chrom, Zinn, Beryll, Mangan, Kupfer, Nickel, Magnetit, Salz, Uran. 1962, nach der Gründung einer Spezialfirma, der Empresa Nacional Minera del Sahara (Enminsa), stiessen die Spanier auf die äusserst hochwertigen Phosphatlager von Bou Craa, dessen Gestein einen Phosphatanteil von bis zu 60 Prozent aufweist.

Das Hauptinteresse Spaniens hatte sich in den 1960er Jahren zunächst auf die Suche nach Öl und Ölschiefer gerichtet. So waren von der spanischen Regierung zahlreiche Prospektionsrechte an Ölfirmen vergeben worden. 1964 hatte man schon an 27 Stellen Öl gefunden. Trotzdem zogen sich die Unternehmen wieder zurück. Verschiedene Gründe könnten dafür verantwortlich sein: Der Rohölpreis war damals sehr niedrig und versprach keine grossen Gewinne. Eine entscheidende Rolle könnten auch die mangelnde Infrastruktur und die Wasserknappheit gespielt haben. Es gab damals auch gewisse «Sicherheitsprobleme»: So hatten im März 1961 bewaffnete Nomaden Mitglieder einer Ölbohrtruppe gefangen genommen.

Phosphat-Mine Bou Craa

Erfolgversprechend erschien damals schliesslich nur der Abbau der reichen Phosphatlager bei Bou Craa, dessen Reserven auf 1,7 Milliarden Tonnen geschätzt werden. Bou Craa gehört damit zu den bedeutendsten Phosphat-Vorkommen der Erde. Damit hatte die Kolonie hinter den USA, der UdSSR und Marokko das Potential, zum viertgrössten Phosphatproduzenten und möglicherweise nach Marokko zum zweitgrössten Phosphatexporteur der Welt aufzusteigen. Die Nachfrage nach Phosphat hält weltweit unvermindert an, denn Phosphat ist als Düngemittel von grosser Bedeutung. Vier Fünftel der Phosphat-Jahresproduktion werden in der Landwirtschaft eingesetzt. Weiter spielt Phosphat eine Rolle in der Metallurgie, in der chemischen Industrie sowie in der Erdöl verarbeitenden Industrie und der Pharmaindustrie.

Durch die Hoffnung auf grosse Ausbeute und Gewinne wurde so die Westsahara plötzlich von einer «uninteressanten Streusandbüchse zu einer potentiellen Schatzkammer».

1968 begann die staatliche Firma FosBouCraa mit dem Abbau von Phosphat. Für den Abtransport wurde ein 100 Kilometer langes Förderband quer durch die Wüste von Bou Craa zum Meereshafen von El Ayoun gebaut, wo 1972 die erste Ladung verschifft und ex-

portiert wurde. 1975 war Fos BouCraa zum sechst-grössten Phosphatproduzenten der Welt aufgerückt und beschäftigte 2620 Leute; zwei Drittel waren spanische Facharbeiter und Ingenieure; in der Mine waren etwa 750 sahraouische Hilfsarbeiter beschäftigt.

Mit der marokkanischen Besetzung ging die Mine in die Verwaltung des Office chérifien des phosphates/OCP über, und die spanischen Facharbeiter wurden durch marokkanische Staatsangehörige ersetzt. 1976 musste jedoch die Produktion eingestellt werden. Die sahraouische Armee hatte das Förderband zum Meer unterbrochen.

Erst nach dem Waffenstillstand von 1991 konnte der Abbau in der Phosphat-Mine wieder richtig aufgenommen werden. Im Jahr 2000 wurden 2,2 Mio Tonnen abgebaut und davon 2 Mio Tonnen ins Ausland verkauft. Nach dem Verladen auf die grossen Schiffe im Hafen von El Marsa bei El Ayoun gilt aber das Phosphat aus der Westsahara auf dem Markt als marokkanisches Produkt und trägt dazu bei, dass Marokko mit den USA um die Stellung des weltweit grössten Exporteurs von Phosphat und Phosphorsäuren rivalisieren kann. Marokko setzt seine Stellung immer wieder ein, um seiner Leseart des Westsahara-Konfliktes international Nachdruck zu verleihen oder Abstimmungen in der UNO zu beeinflussen. 2002 investierte das OCP 10,3 Mia Dirham, etwa eine Million Euro, in die Modernisierung der Förderanlagen. Der Entwicklungsplan für 2004/2008 sieht eine Produktionszunahme und eine verstärkte Exporttätigkeit nach Pakistan, Indien und in den Iran vor. Bereits heute stammen 10 Prozent der marokkanischen Phosphatexporte aus der besetzten Westsahara.

Marokko baut Rohstoffe ab und vermarktet Ressourcen, die ihm laut internationalem Recht überhaupt nicht gehören. So gingen im Jahr 2002 2,7 Mio Tonnen in die USA. Mit jedem Verkaufsvertrag aber, in dem der Ursprung der Phosphate nicht deklariert ist, bringt Marokko seine ausländischen Handelspartner dazu, seine Annexion der Westsahara implizit zu legitimieren.

Erdöl kommt ins Spiel

Um die vermuteten Erdölvorkommen war es in der Westsahara lange Zeit still geworden. Es herrschte Krieg und niemand sprach vom schwarzen Gold. Im Jahr 2001 wurde bekannt, dass Marokko mit der französischen Erdölfirma TotalFinaElf und der amerikanischen KerrMcGee Verträge abgeschlossen hatte. Diese erlaubten den Firmen, in den Küstengewässern vor der Westsahara nach Erdöl zu suchen. In der internationalen Zivilgesellschaft regte sich daraufhin Widerstand: Eine «Internationale Koalition zum Schutz der natürlichen Ressourcen der Westsahara» prangerte diese Prospektionen der Erdölfirmer als völkerrechtswidrig an.

Vor wenigen Wochen teilte die TotalFinaElf ihren Rückzug aus der Westsahara mit. Gestärkt durch diesen Erfolg wird nun versucht, auch das US-Unternehmen zur Aufgabe zu bewegen: Es gilt, die natürlichen Ressourcen der Sahraouis nachhaltig zu schützen. Mittlerweile scheint aber Marokko, das sich wirtschaftlich nach wie vor in einem kritischen Zustand befindet, noch andere mineralische Rohstoffe der Westsahara zur Ausbeutung feilzuhalten und versucht, dafür Interessenten zu finden.

Piratenfischerei

Einen weiteren Reichtum der Westsahara bilden die küstennahen Gewässer, denn vor der Atlantik-Küste liegt dank des kalten, sauerstoff- und nährstoffreichen Auftriebswassers des Kanarenstroms eine der reichhaltigsten Fischbänke der Welt. Das Potential ist riesig: Rund 190 Fischarten sind in den Gewässern zu finden sowie fast alle Arten von Weich- und Schalentieren. Besonders berühmt sind die wertvollen Langusten. Unter den Sahraouis hat es seit jeher auch einen Stamm der Fischer gegeben, die diesen natürlichen Reichtum der Küstengewässer nutzten (wen wundert es da, dass Fisch bei den Sahraouis in den Lagern ein beliebtes Nahrungsmittel ist?). Die Fischerei und die Fisch verarbeitende Industrie könnten dereinst auch ein wichtiger und einträglicher Wirtschaftszweig im zukünftigen sahraouischen Staat sein.

Wegen der seit Jahren anhaltenden masslosen Übernutzung, dies vor allem durch die schwimmenden Fischfabriken, sind die Weltmeere weitgehend leer gefischt. Die Regionen der fischreichen kalten Meeresströme, wie etwa die Küste vor der Westsahara, gehören zu den wenigen Gebieten der Erde, wo überhaupt noch etwas zu holen ist. Nicht nur marokkanische und spanische Fischer sind hier tätig, auch russische, japanische, südkoreanische und holländische Fangflotten fischen im Bereich der sahraouischen Gewässer. Mit den feinmaschigen Netzen werden auch die kleinen Fische (Jungtiere) gefangen. Dadurch wird die natürliche Reproduktion massiv behindert.

Durch die intensive Nutzung der sahraouischen Küstengewässer ist beispielsweise der Tintenfischbestand um 77 Prozent zurückgegangen. Selbst Marokko hat eingesehen, dass Schutzmassnahmen nötig sind. Das siebenmonatige Fangmoratorium für Tintenfische zeigte jedoch wenig Wirkung und wurde jetzt noch einmal verlängert. Die Schonzeiten werden aber häufig missachtet, und selbst in den Schongebieten wird unbehelligt gefischt. Der Fang wird gleich auf hoher See an ausländische Firmen verkauft, um sich so sowohl der Versteuerung der Fänge als auch der Strafen für illegales Fischen zu entziehen. Selbst hochrangige marokkanische Militärangestellte und sogar sahraouische Notablen aus der besetzten Westsahara sollen in diese Raubfischerei verwickelt sein und dabei ihre lukrativen Geschäfte machen. Neueste Meldungen sprechen gar von Piratenfischerei.

So geht der Raubbau an den sahraouischen Ressourcen weiter. Solange die internationale Staatengemeinschaft nicht bereit ist, für die praktische Umsetzung ihrer eigenen Abkommen zu sorgen, wird sich an dieser Tatsache nicht viel ändern. Und solange auch die EU ihr Fischereiabkommen mit Marokko zwar für das «marokkanische Hoheitsgebiet» abschliesst, aber dabei das Territorium der Westsahara nicht ausdrücklich ausschliesst, kann Marokko diese Abmachungen weiterhin zu seinen Gunsten interpretieren. ■

Chinesische Selbstbedienung

Raubbau an Waldressourcen in der Provinz Zambezia

Mozambiques Wälder werden mit erschreckender Geschwindigkeit abgeholzt. Ein Kartell aus chinesischen Händlern, lokalen Geschäftsleuten und Regierungsbeamten arbeiten dabei Hand in Hand. Wertvolle tropische Harthölzer werden in grosser Menge aus den Wäldern heraus geschlagen. Wenn sich daran nicht schnell etwas ändert, werden in 5 bis 10 Jahren die Waldressourcen erschöpft sein. Catherine Mackenzie, Autorin dieses Artikels, führte eine viermonatige Studie zu dem Thema in der Provinz Zambezia durch. Sie stiess auf durch und durch korrupte Strukturen und eine Forstwirtschaft, die sich völlig der Kontrolle der Öffentlichkeit entzieht. Ein sofortiger Exportstopp und andere Massnahmen wären notwendig, um diesen Sektor zu reformieren.

Es gibt immer mehr Berichte über die Zunahme des illegalen Holzeinschlags im südöstlichen Asien und in den zentralafrikanischen Tropenwäldern, um mit dem Holz die boomende chinesische Industrie zu versorgen. Dieser Artikel dokumentiert als einer der ersten das «Chinesische Takeaway» – die chinesische Selbstbedienung – in den semiariden Wäldern des südlichen Afrika.

Die Holzmafia

Die Zambeziastudie zeigt auf, wie die Regierung bei der Umsetzung dieser Verpflichtungen versagt. Dies Versagen ist nicht in erster Linie zurückzuführen auf das Fehlen von technischen Kapazitäten oder von Ressourcen; es ist auch nicht der fehlende politische Wille an dem es mangelt. Es handelt sich bei dem Problem um einen direkten Konflikt zwischen den öffentlichen Interessen und den privaten Interessen von Regierungsbeamten, vor allem innerhalb der Nationalen und der Provinzbehörde für Forstwirtschaft und Tier- und Pflanzenwelt (DN/SPFFB).

Zusammen mit lokalen Geschäftsleuten und asiatischen Händlern bilden die Beamten eine «Holzmafia». Anstatt illegalen Holzeinschlag zu bekämpfen, sind sie selbst daran beteiligt. Sie manipulieren Forstgesetze, kassieren Bestechungsgelder, sind selbst am illegalen Holzeinschlag beteiligt und unterstützen und bereichern sich so am «Chinesische Takeaway». Der Staat müsste dringend aktiv werden, um die Wälder unter eine verantwortungsvolle Verwaltung zu bringen.

Quoten und Lizenzen sagen nicht viel darüber aus, wie viel Holz wirklich geerntet wird und wo. Es gibt kaum Kontrollen, systematische Angabe von geringeren Zahlen ist verbreitet, Inspektionen werden lax gehandhabt, das Zahlen von Bestechungsgeldern ist normal und das computergesteuerte Kontrollsystem für Lizenzen und Transport, das von der SPFFB nach einem Skandal im Jahr 2000 eingeführt wurde, ist hauptsächlich kosmetischer Natur. Während die Einschlagquoten noch im Jahr 1994 auf 18 000 m³ festgesetzt waren, wurde im Jahr 2002 die Quote auf 42 000 m³ angehoben. Es liegen keine Informationen darüber vor, auf welcher Grundlage die Quote so stark angehoben wurde. Da das SPFFB im Jahr 2002 Lizenzen für 33 200 m³ ausgab und den Export von 28 400 m³ autorisierte, kann die Behörde regelmässig berichten, dass es bei der Lizenzierung noch unter der erlaubten Quote bleibt, also zurückhaltend und vorsichtig wirtschaftet. In der Realität luden in dem Jahr jedoch 17 Grossraum- und 27 Containerschiffe Holzstämmen. Der Hafen registrierte die Verschiffung von 51 000 m³!

Der Grossteil der Konzessionen geht nicht an lokale Industrien, sondern an kleine Gewerbetreibende. Diese arbeiten mit asiatischen Exporteuren zusammen, die im Hafen von Quelimane tätig sind und die Kredite bereitstellen, die für die Zahlung der Lizenzgebühren benötigt werden. Diese kleinen Forstunternehmer sind alle Mozambiquaner. Es sind jedoch so viele (über 150 im Jahr 2003), ihre Aktivitäten unterliegen so wenig Kontrolle und ihre Reinvestition in den



An zu vielen Orten werden zu viele Bäume geschlagen. Wenn es so weiter geht, sind die Waldressourcen von Mozambique in spätestens 10 Jahren am Ende.
Foto: Catherine Mackenzie

Gute Ansätze auf dem Papier

Die Regierung Mozambiques, die Geldgeber und die internationalen Finanzinstitutionen haben sich dem Ziel der Armutsreduzierung verschrieben. Der Aktionsplan zur Reduzierung der absoluten Armut (PARPA), das nationale Landwirtschaftsprogramm (PROAGRI) und die Bestimmungen zur Forstpolitik beziehen sich allesamt auf Ansätze des nachhaltigen Forstmanagements und auf die Entwicklung einer lokalen Forstindustrie als Mittel zur Armutsbekämpfung. Im Jahr 2003 unterzeichnete die mozambiquanische Regierung das Abkommen zur Durchsetzung der Afrikanischen Forstgesetze (AFLEG) und verpflichtete sich damit dazu, illegalen Holzeinschlag und -handel und Korruption im Forstbereich zu bekämpfen und eine nachhaltige Waldbewirtschaftung zu fördern.

Sektor ist so minimal, dass sie eher ein Teil des Problems sind als ein Teil der Lösung. Sie betrachten es als ihr Recht, den Wald auszubeuten und sehen es nicht als ein Privileg, dass denen zugesprochen wird, die verantwortungsvoll mit dem Wald umgehen.

Ein Forstkonzessionssystem wird gebraucht, in dem die Forstpolitik und die entsprechenden Gesetze festgelegt werden. Der Entwicklungsprozess in diesem Bereich schreitet jedoch nur sehr langsam voran. Über 40 Bewerber, darunter asiatische Käufer, ausländische Investoren, lokale Industrien und Strohmänner von Staatsbediensteten aus der Forstverwaltung, haben Anträge gestellt, die von ihrem Volumen her 50% (1,5 Millionen Hektar) des gesamten Waldbestandes der Provinz umfassen. Nur die wenigsten haben Managementpläne ausgearbeitet oder lokale Verarbeitungsindustrien aufgebaut, wie es vom Gesetz her vorgeschrieben ist. Trotzdem erhalten alle vorläufige Lizenzen für den Holzeinschlag. Die Managementpläne, die genehmigt wurden, besagen nichts anderes, als dass das gesamte kommerziell nutzbare Holz in den nächsten 5–10 Jahren abgeschlagen wird!

Die ländlichen Gemeinden haben einen langen Kampf für die Nutzungsrechte an ihrem Land gekämpft, aber sie haben keinerlei Anrecht auf das Holz, mit Ausnahme für das, was sie für den Eigenverbrauch benötigen. Da es wenig Einkommensalternativen gibt, arbeiten viele Menschen in den ländlichen Gebieten für lizenzierte Unternehmer, die weniger als den Minimallohn zahlen. Oder sie versorgen Händler mit Stämmen, die sie illegal geschlagen haben. Die Gemeinden sollen 20 Prozent der Einnahmen aus den Lizenzgebühren erhalten; dies ist aber niemals geschehen. Selbst wenn diese Einnahmen weitergereicht würden, wären die Beträge nur niedrig. Sollen Wälder für die Gemeinden von Nutzen sein, werden radikalere Reformen gebraucht.

Das größte Problem ist der kontinuierliche Export von Stämmen. Nach dem Gesetz müssen bei den kommerziell genutzten Holzsorten die Stämme zuge-

schnitten werden, bevor sie in den Export gehen können. Entgegen den Angaben der Holzunternehmer ist die industrielle Kapazität in Zambezia vorhanden, um die gesamte jährliche Quote zu bearbeiten. Als die Gesetze zum Export in Kraft traten, reagierte das Ministerium unter dem Druck von asiatischen Käufern und gab einen internen Erlass heraus, nach dem das kommerzielle Holz reklassifiziert wurde, so dass es nun doch als Stämme exportiert werden kann. Dieser Erlass mag illegal sein, aber bis er aufgehoben wird kann das «Chinese Takeaway» ungehindert weitergehen.

Kurz gesagt: Zu vielen kleinen und großen Forstunternehmern wird erlaubt, zu viele Stämme an zu vielen Orten zu schlagen. Mittel- und langfristig werden die Ressourcen so komplett zerstört. Das bestehende System missachtet die Rechte der lokalen Gemeinden und verweigert ihnen die Chancen auf Jobs und Weiterentwicklung ihrer Fähigkeiten, die mit einem nachhaltigen Waldmanagement verbunden wären und das lokale Unternehmen und Verarbeitungsindustrien fördert. Der effektiv illegale Export von Stämmen bremst die lokale Industrie aus und bedroht lokale Arbeitsplätze.

Dringender Reformbedarf

Fünf Reformen sind dringend notwendig: Ein sofortiger Stopp der Stammexporte, eine Überprüfung des derzeitigen Ministerialerlasses, der den Stammexport ermöglicht, eine vorläufige Einschlagssperre für Unternehmer, die Aussetzung neuer Einschlagslizenzen und eine unabhängige Begutachtung der existierenden Waldmanagementpläne.

Die Gesetzgebung sollte den lokalen Gemeinden mehr Rechte an den Waldressourcen einräumen. Gemeinden sollten dabei unterstützt werden, ihre eigenen Wälder zu managen und Unternehmer, die Holzeinschlag betreiben wollen, sollten verpflichtet werden, im Rahmen des Gesetzes mit den Gemeinden zusammen zu arbeiten. Währenddessen sollte der Holzeinschlag, der Stämme für die lokale Industrie liefert, jedoch fortgeführt werden, allerdings unter unabhängiger Kontrolle, um die damit verbundenen Arbeitsplätze zu erhalten und den nationalen Holzbedarf abzudecken. Es ist unerlässlich, dass Forstaktivitäten, die nicht mit langfristigen Arbeitsplätzen verbunden sind, gestoppt werden, so dass Zeit gewonnen und Anreize geschaffen werden, bis der Sektor unter Kontrolle ist. Sobald bei den Problemen Fortschritte erzielt werden, können die Stopps Schritt für Schritt wieder aufgehoben werden, bis alle Aktivitäten wieder gestattet werden. Für eine Übergangsperiode werden geberfinanzierte Infrastrukturprogramme vorgeschlagen, um der Wirtschaft der Provinz die Übergangsphase zu erleichtern. ■

Catherine Mackenzie ist Zoologin, Försterin und Anthropologin. Sie arbeitet als freie Gutachterin im Bereich Forstwirtschaft und Biodiversität. Für ORAM und Christian Aid führte sie die Studie zur Waldwirtschaft in der Provinz Zambezia durch. Der Artikel erschien im Mosambik-Rundbrief 69, der vom Koordinationskreis Mosambik e.V., KKM, herausgegeben wird. www.kkmosambik.de

Und ab nach China:
Abtransport des
Tropenholzes im Hafen
von Quelimane.
Foto: Catherine Mackenzie



Identitätskrise und akute Finanzprobleme

Dem IWF laufen die Kunden davon

Der Internationale Währungsfonds (IWF) steckt in der Krise: Die Kunden laufen ihm davon. Sie haben seine wirtschaftspolitischen Ratschläge satt und brauchen auch immer weniger seine Kredite. Dem globalen Währungshüter drohen deshalb finanzielle Engpässe. Tiefgreifende Reformen wären dringend nötig, doch die reichen Länder blockieren. Ein Bericht von Bruno Gurtner.

In den letzten Jahren sorgten sich die Regierungen des Nordens häufig über das «Klumpenrisiko», das der IWF mit umfangreichen Überbrückungskrediten an grosse Schwellenländer eingegangen sei. Der IWF hatte Milliarden in Länder wie Argentinien, Brasilien, Türkei und andere gepumpt, um ihnen aus Finanzkrisen zu helfen. Noch Ende 2004 waren 70 Prozent der ausstehenden IWF-Kredite in den drei genannten Ländern gebunden. Auch das eidgenössische Finanzdepartement und die Nationalbank bezeichneten dies noch im Januar 2005 als «äusserst problematisch».

Viel Geld und wenig Nachfrage

Seither hat sich die Situation grundlegend verändert. Zahlreiche Länder haben ihre Schulden gegenüber dem IWF beglichen. Im Dezember 2005 zahlte Brasilien seine noch 15,5 Mrd. Dollar betragenden Schulden vorzeitig zurück. Argentinien beglich einen Tag später seine Restschuld von 9,5 Mrd. Dollar. Russland hatte schon vor drei Jahren 3,3 Mrd. Dollar vorzeitig zurückerstattet, und auch einige asiatische Länder, die Ende der 90er Jahre unter einer harten Finanzkrise litten, hatten die Kredite vorzeitig zurückgezahlt.

Kürzlich hat Bulgarien eine vorzeitige Rückzahlung angekündigt; Indonesien prüft dasselbe. Andere Länder wollen nach Ablauf der IWF-Programme die Überbrückungskredite nicht mehr erneuern, so die Ukraine, Uruguay, Serbien und Pakistan. Zahlreiche Länder haben schon gar nicht mehr nach neuen IWF-Krediten nachgefragt.

So sind die ausstehenden Kredite des IWF zwischen April 2004 und Januar 2006 von 90 auf 31 Mrd. Dollar geschmolzen – auf den tiefsten Stand seit den frühen 80er Jahren. Gleichzeitig verfügt der IWF mit 162 Mrd. Dollar über rekordhohe finanzielle Mittel, die er krisengeschüttelten Ländern ausleihen könnte. Doch die will kaum mehr jemand: Im IWF-Finanzjahr 2005 verzeichnete der Fonds Neuausleihen von bloss 2,5 Mrd. Dollar, so wenig wie noch nie seit den späten 70er Jahren.

Der IWF in der Finanzklemme

Vor den Kameras zeigen sich die IWF-Verantwortlichen zufrieden: Es sei ein Zeichen der Gesundung vieler Länder und verschaffe dem Fonds eine «komfortable» Liquidität, erklären sie. Doch gleichzeitig bereitet dem Fonds das sinkende Kreditvolumen erhebliche Finanzprobleme. Denn mit den Krediten «verdient» er sein Einkommen und finanziert sein eigenes Betriebsbudget von jährlich 1 Milliarde Dollar. Allein Brasiliens vorzeitige Schuldentrückzahlung bringt den Fonds um Zinseinnahmen von fast 60 Mio. Dollar. Insgesamt schätzt der IWF seinen Einkommensausfall aufgrund

vorzeitiger Rückzahlungen auf über 116 Mio. Dollar. Tatsächlich ist es die bessere wirtschaftliche Lage vieler Schwellenländer, die die vorzeitigen Rückzahlungen ermöglicht und das Bedürfnis nach neuen Krediten begrenzt. Länder wie Brasilien oder Argentinien (welches heute bezeichnenderweise keine IWF-konforme Wirtschaftspolitik mehr betreibt) verzeichnen hohe Wachstumsraten und steigende Exporterlöse. Auch bieten sich derzeit günstige Alternativen: Die internationalen Kapitalmärkte sind liquid und bieten vergleichsweise tiefe Zinsen für internationale Anleihen; die Anleger sind risikofreudig. Zahlreiche Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen brauchen die Überbrückungskredite des IWF derzeit nicht.

Hinter den Rückzahlungen stehen aber auch politische Überlegungen: Die meisten der wohlhabenderen Entwicklungsländer haben in den letzten Jahren ihre Währungsreserven stark erhöht, um vom IWF und seinen Rezepten unabhängiger zu werden. Sollten sie wieder einer Finanzkrise zum Opfer fallen, möchten sie auf eigene Reserven zurückgreifen und ein eigenständiges Krisenmanagement betreiben können. Sie wollen die bittere wirtschaftspolitische Medizin, die der IWF zusammen mit seinen Krediten verschreibt, nicht nochmals schlucken müssen. Denn diese Medizin hat die Krise meist verschärft und nicht gemildert.

Harte Hand gegenüber den Ärmsten

Der britische NGO-Think-tank Jubilee Research stellt heute einen wachsenden Graben fest zwischen den Industriestaaten und den Schwellenländern einerseits, die den IWF nicht mehr benötigen, und den meisten ärmsten Ländern andererseits, deren Wirtschaft tief zerrüttet ist – nicht zuletzt als Resultat der IWF-Politik: eine geteilte Welt zwischen «Don't need-countries» und «Can't pay-countries».

Umso stärker hat der IWF in den letzten Jahren die «Can't pay-countries» in die Mangel genommen, die nach wie vor auf ihn angewiesen sind. Periodisch erneuert er diese Abkommen und hat sich so faktisch vom kurzfristigen Überbrücker bei Liquiditätsengpässen zu einer Agentur der Entwicklungsfinanzierung für zahlungsunfähige, ärmste Länder gewandelt – eine Aufgabe, die eigentlich der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken zufällt. Nach wie vor setzt der IWF in diesen armen Ländern eine Wirtschaftspolitik durch, die der verarmten Bevölkerungsmehrheit mehr schadet denn nützt und primär den nördlichen Wirtschaftsinteressen dient. Eben hat sich der IWF neue Instrumente gegeben, mit denen er noch wirksamer in die Politik der ärmsten Länder eingreifen will.

Industrieländer verhindern Reformen

Die Krise des IWF ist auch Folge ungelöster und anachronistischer Führungsstrukturen. Die Industrieländer mit 14 Prozent der Weltbevölkerung verfügen über 60 Prozent der Stimmrechte in IWF und Weltbank. Sie stellen immer den Präsidenten bzw. den geschäftsführenden Direktor sowie die Mehrheit der Exekutivdirektoren.

Die Entwicklungsländer drängen seit langem auf eine bessere Vertretung. Die mangelnde Mitwirkungsmöglichkeit der Betroffenen verhindert eine Neuausrichtung des Fonds. Dringend nötig wäre eine rasche

Stopp Paraquat!

Die aktuelle Kampagne der Erklärung von Bern

Seit Jahren profitiert der Schweizer Agrokonzern Syngenta vom Verkauf des hochgiftigen und gesundheitsschädlichen Herbizids Paraquat. Vor allem in Entwicklungsländern fordert dieses Unkrautvertilgungsmittel jährlich unzählige Vergiftungsfälle und Todesopfer. Die Erklärung von Bern (EvB) wehrt sich gegen diese skandalöse Praxis und verlangt den sofortigen Produktions- und Verkaufsstopp von Paraquat.

Gegen Paraquat ist kein Unkraut gewachsen, aber dafür in den letzten Jahren der Widerstand zahlreicher Nichtregierungsorganisationen auf der ganzen Welt. Paraquat ist ein Herbizid, das vom Agrokonzern Syngenta unter der Marke «Gramoxone» verkauft wird und in über hundert Ländern auf Plantagen (Bananen, Kakao, Kaffee, Baumwolle, Palmöl etc.), im grossflächigen Mais- und Sojaanbau, aber auch bei Kleinbauern ausgiebig zur Anwendung kommt. Paraquat ist hochtoxisch und etwa in Deutschland als einziges von über 300 Herbiziden mit dem Gefahrensymbol «sehr giftig» (T+) gekennzeichnet; ein Gegengift existiert nicht. AnwenderInnen klagen über stechende Bauch- und Kopfschmerzen, Hautverletzungen sowie Nasenbluten. Bei regelmässigem Kontakt führt Paraquat zu chronischen Gesundheitsproblemen (Hautkrankheiten, Nierenleiden, Atemwegkrankungen, etc.). Mehrere Studien weisen auf mögliche Zusammenhänge mit der Parkinsonschen Krankheit hin. Hinzu kommt die Tatsache, dass Paraquat immer wieder als Mittel zur Selbsttötung missbraucht wird. Besonders in Entwicklungsländern fordert das Herbizid

unzählige Opfer. In Südkorea zum Beispiel vergiften sich jährlich über 2000 Personen mit dem Wirkstoff Paraquat (viele davon absichtlich), wobei 40 bis 50% der Vergiftungsfälle tödlich verlaufen. In Costa Rica gehört Paraquat zu jenen Pestiziden, die mit Abstand zu den meisten Vergiftungen führen. Die Gründe dafür liegen in mangelhaft gewarteten Sprühgeräten, in unzureichenden Kenntnissen der AnwenderInnen über die Risiken und Auswirkungen von Paraquat sowie in der ungenügenden medizinischen Versorgung bei akuten Vergiftungen oder Gesundheitsschäden. Vor allem aber sind die dringend erforderlichen Schutzausrüstungen für viele ArbeiterInnen nicht erhältlich oder sie können im feuchtheissen Klima nicht getragen werden.

Trotz dem Wissen, dass Paraquat in vielen Ländern nicht korrekt oder als Selbstmordmittel benutzt wird, forciert Syngenta den Verkauf dieses umstrittenen Pestizids. Viele Produzenteninitiativen (Max Havelaar, Rainforest Alliance, Forest Stewardship Council, Common Code for the Coffee Community etc.) haben bis jetzt freiwillig auf den Einsatz des Mittels verzichtet. In diversen Ländern (so auch in der Schweiz) ist das Produkt nicht mehr zugelassen, doch Syngenta bewegt sich nicht und hält am Produkt nach wie vor fest.

Dies ist ein Skandal, gerade weil in der Praxis der Beweis erbracht worden ist, dass es Alternativen zu Paraquat gibt, die weniger gefährlich, aber wirksam und rentabel sind. Die EvB fordert deshalb von Syngenta den sofortigen Stopp der Produktion und des Verkaufs von Paraquat.

Aktionsmaterial sowie weitere, umfangreiche Informationen und Publikationen zum Herunterladen finden Sie auf der Kampagnen-Website unter www.paraquat.ch. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung. ■

Fortsetzung von S. 10

Lösung der nach wie vor akuten Schuldenprobleme nicht nur der ärmsten, hochverschuldeten Länder (HIPC), sondern auch von hochverschuldeten Ländern mit mittlerem Einkommen. Gefragt wäre eine Lösung des Problems von illegitimen Schulden, die von Diktaturen angehäuft wurden. Ein zaghafter Versuch, ein internationales Insolvenzverfahren einzuführen, ist am Widerstand der USA und der grossen privaten Geschäftsbanken gescheitert. Der IWF hat sich auch als unfähig erwiesen, das Problem des überbordenden Steuerwettbewerbs anzupacken. Und auch bei der Prävention von Finanzkrisen schiebt er Vorschläge, wie die Risiken aus den hochvolatilen internationalen Finanzflüssen minimiert werden könnten, auf Druck des internationalen Finanzkapitals auf die lange Bank. Brauchen wir einen solchen Fonds überhaupt noch? ■

Nachdruck aus: GLOBAL+ Nr. 21/2006, Zeitschrift von Alliance Sud/Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks; www.alliancesud.ch

www.absa.ch

Der Afrika-Veranstaltungskalender

The screenshot shows a web browser window with the URL <http://www.absa.ch/kalender.htm>. The page features a logo for 'AFRIKA IN BASEL - BASEL IN AFRIKA' and a navigation menu with the following items:

- Veranstaltungen
 - > Eingabeformular
 - Kalender
 - > Impressum
- Netzwerk
 - > who is who
 - > Schwarzes Brett
 - > Eingabeformular
 - Schwarzes Brett
- Afrika in Basel
 - Basel in Afrika
 - > Der Verein
 - > ABSA 2001
 - > ABSA 2004

Language options: französisch, portugiesisch, englisch.

Kinshasa hält den Atem an

Die Präsidenten-Stichwahl

Seit am 20. August dieses Jahres mit der Verkündung der Wahlergebnisse für die Präsidentschaftswahlen Schiessereien zwischen Bembas Milizen und der nationalen Polizei losgingen – und alsbald durch Panzergranaten aus den aufgefahrenen Tanks von Kabilas Präsidentengarde übertönt wurden, ist jederman klar, dass mit dem geradezu würdevollen Verlauf der Wahlen die «Republique démocratique de Congo» (DR Kongo) noch lange nicht in ruhigeren Fahrwassern angekommen sein muss. Die beiden erstrangierenden Präsidentschaftskandidaten, zur Zeit noch Vize-Präsident und Präsident der Übergangsregierung, sind nicht nur unversöhnlich, sondern Exponenten der unterschiedlichen Geschichte des Westens und des Ostens dieser kontinentgrossen Nation. Aus Kinshasa berichtet Susi Richner.

Für viele Kongolesen im Westen ist heute die Zeit unter Mobutu nicht mehr das grösste Übel. Der weitere Zerfall der wenigen bestehenden Infrastruktur, das Ausbleiben jeglicher Investition in soziale Entwicklung zeichneten nicht nur die Kriegswirtschaft zwischen 1997 und 2003 aus, sondern setzten sich auch in der Übergangsregierung ungeschmälert fort. Erneut durchsetzte die Korruption fast jedes staatliche Handeln, nur wenige der im Volkszorn 1993 in Kinshasa zerstörten Fabriken wurden wiederaufgebaut und bieten Arbeitsplätze. Die Verarmung, die mit der Geldentwertung 1991 ihren Höhepunkt erreicht zu haben schien, sog immer weitere Schichten auf.

Komplexe Ausgangslage

Dies wird im Westen, der mit Kabilas (Senior) Feldzug gegen Mobutu zum ersten Mal die Not des Krieges erfuhr, Kabila (Junior) zur Last gelegt. Nicht ganz grundlos, hatte sich der Junior doch den Herren der Welt als besonders gefügig beliebt gemacht: Die Konzessionserteilung für Erzlagerstätten ebenso wie die Privatisierung der berühmten Kupferwerke wurden – an der Aufsicht durch die Weltbank vorbei – zu lächerlichen Preisen abgeschlossen. Erträge, die das Staatsbudget weiterhin von Krediten abhängig hielten und selbst die geschuldeten Zinsen alter Schulden nicht deckten. Kommt hinzu, dass seit der Regierung Kabila senior mehr Kongolesen aus dem Osten in Verwaltungspositionen kamen und den west-kongolesischen Eliten, von Mobutu mit launischen Geschenken verwöhnt, somit Pfründe und Klientelsysteme abhanden kamen.

Dies mögen Gründe sein, dass die Hetzkampagne gegen den vor allem Englisch und Kiswaheli sprechenden Kabila junior (Adoptivsohn oder aus wilder Ehe des Seniors mit einer Tutsi?) als «Ausländer» hier Erfolg hatte. So stimmte Kongos Westen mehrheitlich nicht für diesen, von den Weltmächten favorisierten jungen Offizier, sondern für Regionalgrössen, allen voran für den Kriegsherren aus der Provinz Equateur, Jean Pierre Bemba.

Die fünf Provinzen des Ostens hingegen waren im zentralistischen Zaire unter Mobutu eigentlich immer «aussen vor». So gibt es in all den Städten kaum ein Gebäude, das nach den 60er Jahren entstand. Und die Bevölkerung der Ostprovinzen dankt es den Kabilas, dass diese es immerhin verstanden haben, ihre einstigen Verbündeten, Uganda und Rwanda, wieder auszuladen und die Truppen heimzuschicken. Unter deren desaströsen Feldzügen «gegen die rwandische Interhambwe» und ihrer Mobilisierung und Bewaffnung regionaler Warlords hatte die kongolesische Zivilbevölkerung des Ostens und des Nordens nicht we-

niger gelitten als die rwandischen Hutu-Flüchtlinge. Kabila junior gilt in diesen fünf Provinzen als Friedensbringer und wurde hier mit 60 bis 80% Mehrheiten als zukünftiger Präsident gewählt, während er in fünf West-Provinzen nur zwischen 10 und 25% der Stimmern erhielt.

Was passiert nun?

Sofort nach dem Scharmützel in Kinshasa vom 20. bis 22. August 2006 setzte die CIAT* Druck auf zur Demobilisierung der Leibgarden der Vize-Präsidenten (im Wesentlichen der auf 1000 geschätzten Milizkohorte Bembas) und der Präsidentengarde. Die Präsenz der UN-Force und der EUFOR als Schutztruppe in Kinshasa wurde verstärkt. Innert Tagen erhielt die UN-Mission MONUC die Zustimmung aus NewYork für eine Verlängerung der Mission um 2 bis 3 Jahre (was allerdings der Zustimmung der zukünftigen Regierung des Kongos bedarf). Das kann vielleicht den sofortigen Wiederausbruch des «Bürgerkrieges» verhindern (respektive: der blutigen Ausmarchung zwischen den beiden Rivalen, denn wenige Bürger der DRC sind interessiert, erneut den Kriegspfad zu wählen, es sei denn, um des Soldes Willen).

Hinter den Kulissen fing das Feilschen um die Allianzen der in den Wahlergebnissen nächstrangierenden Parteien an – sicher auch dies nicht ohne die «Beratung» durch interessierte ausländische Mächte. Und siehe da: Der alte Gizenga mit seiner «Parti lumumbiste» (Kashala), der «Newcomer», der allein aufgrund seines vorgestellten Programmes ein beachtliches Resultat erreicht hatte, ja selbst Mobutus Sohn Nzanga sprechen sich für die Unterstützung der Wahl Joseph Kabilas aus. Allerdings wird es für durchaus möglich gehalten, dass ihre Parteigänger ihrer Parole die Gefolgschaft verweigern könnten! Die diesen Parteien wahrscheinlich versprochenen Ministerposten lassen nicht unbedingt auf eine geeinte Regierung hoffen, wenn sie denn so wird. Wieviel weise Kompromissbereitschaft lässt sich von Kabila junior erwarten?

Die grosse Unbekannte aber bleibt Tshisekedi. Er, der mit seinem Machtwort um die 55% der Wähler in den beiden Kasai-Provinzen von den Urnen ferngehalten hat und von manchen Kongolesen als der Kandidat gesehen wird, der in allen Landesteilen sowohl Kabila als auch Bemba hätte überflügeln können, wenn er sich nicht mit der Ablehnung der Vorbedingungen aus der Wahl manövriert hätte, Tshisekedi schweigt sich aus. Wichtige Kader seiner Partei allerdings haben offen für die Unterstützung von Bembas Kandidatur Stellung genommen. ■

Faszination Namibia

bfr. Das soll Afrika sein? Feuchter Nebel wabert von der Küste her, die Kälte kriecht in alle Glieder, und an den Schildern mit deutschen Strassennamen rüttelt der Wind – in Swakopmund hat sich schon mancher verwundert die Augen gerieben. Das ferne Echo der deutschen Kolonialgeschichte ist in Namibia überall zu vernehmen. Doch der Autorin geht es bei ihrer Annäherung nicht in erster Linie um die Aufarbeitung der Vergangenheit. Sie will herausfinden, was die rätselhafte Faszination dieses Landes ausmacht, will seine Gegensätze erkunden und die Natur spüren. ■

Carmen Rohrbach, Namibia, München 2005 (Frederking & Thaler)

Reiseführer Kapstadt und Garden Route

bfr. Die schroffe Westküste bietet bezaubernde Küstenabschnitte und im trockenen Hinterland einsame Berg-Landschaften. Eine Fahrt in dem wenig besuchten Gebiet entlang der Küste bis Lambertsbay und zurück über die Weinroute nach Kapstadt – dies ist einer der vielen Tipps im vielfältigen Reiseführer. Die sechste Auflage ist wiederum überarbeitet und aktualisiert worden. Gehört ins Handgepäck für Garden Route-Reisende! ■

Etzbach, Brockmann, Kapstadt und Garden Route, Dormagen 2006 (Iwanowski's Reisebuchverlag)

Tabus brechen

bfr. Chanda ist 16 Jahre alt, als ihre kleine Schwester Sara stirbt. Auch ihre beste Freundin Esther hat ihre Eltern verloren. Viele sterben, doch nennt niemand die Ursache beim Namen. Alle möglichen Krankheiten oder Unfälle werden herbeigeredet, um der Wahrheit – Aids – auszuweichen, nicht nur aus Scham, sondern auch aus Angst vor Ausgrenzung. Zuerst, als auch Chanda Mutter krank wird, versucht Chanda, ihren Verdacht zu verdrängen, schreibt es der grossen Trauer um Sara zu, glaubt und hofft immer wieder, dass die Mutter wieder gesund wird. Auch ihre Freundschaft zu Esther ist nicht unbelastet, und es wird viel gemunkelt. Als ihre

Mutter aber von der Reise zu ihrer Familie nicht zurückkehrt, um Chanda und ihre Geschwister vor dem Aids- Stigma zu bewahren, macht sie sich auf die Suche nach ihr. Sie besiegt ihre Angst und ihre Scham und bricht mit dem Tabu: Sie holt die Mutter nach Hause und stellt sich mutig vor sie, indem sie sich weigert, sich und die anderen weiter zu belügen.

Ein sehr einfühlsamer und realistischer Jugendroman über Mut und Tatkraft, über eine Krankheit die durch ihre Tabuisierung viel unnötiges zusätzliches Leid hervorbringt. ■

Allan Stratton, Wörüber keiner spricht, München 2005 (dtv junior; ab 14 Jahren)

Wirtschaftsbeziehungen

Schweiz-Südafrika

hus. Wie waren die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika in den Jahren der Apartheid? Welche Rolle spielten die Banken? Bestanden ausgesprochen enge Beziehungen zwischen schweizerischen und südafrikanischen Führungskräften? Und war die offizielle Schweizer Politik von den internationalen Sanktionen beeinflusst?

Zahlreiche Fragen liegen dem Teilbericht zu den Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz mit Südafrika zur Apartheid, der Gegenstand des Nationalfonds- Forschungsprogrammes NFP 41+ ist, zu

Eine der faszinierendsten Persönlichkeiten in der Entdeckungsgeschichte Ostafrikas



May Sheldon Bibi Bwana

Weisse Königin des Kilimandscharo
Aus dem Amerikanischen von
Ruth Krügel Herrera und
Giö Waeckerlin Induni
336 Seiten, gebunden, mit Schutzumschlag
sFr. 39.50, € 22.50
ISBN 3 85787 378 7

Im Januar 1891 verwirklicht die von Wissensdurst beseelte Amerikanerin May Sheldon (1847–1936) ihren langgehegten Plan: Als erste Frau der Welt bereist sie mit einer Karawane aus Einheimischen eines der unruhigsten Gebiete Ostafrikas. Den Fussmarsch durch unwegsames Gelände von Mombasa zu den Ausläufern des Kilimandscharo begleitet die ständige Angst, dass Massaikrieger die Karawane überfallen könnten. Die erste Begegnung mit ihnen verläuft jedoch anders als erwartet: Die Massai erweisen der weissen Frau grossen Respekt und geben ihr den Namen »Bibi Bwana«, was soviel heisst wie »Frau Anführer«. Unvoreingenommen gegenüber den Einheimischen und ihrer Kultur, zielstrebig und reichlich extravagant reiste die Urgrossnichte von Isaac Newton mit dem Ehrgeiz, wissenschaftlich bedeutsame Informationen mit nach Hause zu bringen. May Sheldons Reisebeschreibungen wirken auch heute noch atemberaubend, ungewöhnlich und ansteckend.

Weitere Informationen finden Sie unter
www.lenos.ch

Grunde. Die Forscher Bott, Guex und Etemad legen nun eine über 400 Seiten starke Publikation auf. Diese gliedert sich in die drei Zeitabschnitte 1945–61, in dem der Auf- und Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen dominiert, dann 1961–68, in welchen Jahren die ersten internationalen Reaktionen auf die steigende Repression in Südafrika und die Weigerung der Schweiz, sich Wirtschaftssanktionen anzuschliessen, fallen, und schliesslich die Periode 1968–90, die durch die rascher drehende Spirale der Repression, internationalem Druck und schweizerischer Finanzunterstützung gekennzeichnet ist.

Für jede dieser drei Epochen wird anhand von zahlreichen Beispielen das Verhalten der schweizerischen Regierung und der wichtigsten schweizerischen Firmen aufgezeigt. Wirtschaftsinteressen und Pragmatismus haben, so der Schluss der Forschenden, zu jedem Zeitpunkt die Beziehungen beherrscht. ■

Sandra Bott, Sébastien Guex, Bouda Etemad, *Le Relations économiques entre la Suisse et l'Afrique du sud durant l'Apartheid (1945–1990)*, Lausanne 2005 (Editions Antipodes)

Männergewalt in Südafrika

bm. Ausgehend von der Tatsache, dass Südafrika weltweit die höchste Vergewaltigungsrate aufweist und auch im Bereich der häuslichen Gewalt an der Spitze liegt, untersucht die Autorin das Verhältnis von gesetzlichen Grundlagen und Rechtsrealität und unterbreitet – aus der Perspektive einer ausstehenden Wissenschaftlerin – Vorschläge zur Verbesserung der Situation. Die analytisch fundierte ethnologische Studie bietet darüber hinaus einen umfassenden interdisziplinären Überblick, dies nicht zuletzt aufgrund einer 150 Seiten umfassenden Literaturliste, und bietet eine Fülle von Detailinformationen. Einziges unerfülltes Desiderat ist die quellenkritische Hinterfragung des verwendeten Zahlenmaterials (z.B. des Berichtes von Human Rights Watch 1995 und 1997).

Auch wenn die Zahlen im Einzelfall möglicherweise nach unten korrigiert werden müssen, bleibt

die erschreckend hohe Gewalt gegen Mädchen und Frauen unbestritten. Geschlechtspezifische Gewalt wird als zentrales Strukturproblem der südafrikanischen Gesellschaft identifiziert; dies obwohl das Land über eine egalitäre Verfassung und Gesetze verfügt, welche die Rechte von Frauen vorbildlich schützen. Auf der Ebene der Ausführungsbestimmungen und vor allem von Verwaltung und Polizei zeigt sich hingegen ein anderes Bild.

Schäfer kritisiert die Tendenz der Frauenrechtsorganisationen, die Ursachen dafür ausschliesslich und wie früher in der Apartheid und im Rassismus fest zu machen. Dadurch würden die verschiedenen Kontexte (innerhalb der südafrikanischen Bevölkerungsgruppen) vernachlässigt. Ausserdem hätten die Frauenrechtsgruppen Bishemmungen gegenüber der Regierung und sähen die Gewalt gegen Frauen als gemeinsames Problem aller Frauen, während es in Wirklichkeit in erster Linie Frauen mit afrikanischem und Coloured Hintergrund betreffe.

Für die Autorin sind Vergewaltigungen und Gewalt gegen Frauen Machthandlungen, die einen feindseligen Angriff auf die Persönlichkeit der Frauen darstellen, mit denen Männer auf eine Krise der Maskulinität antworten. Dies ist besonders gravierend, weil der Faktor Aids eine zusätzliche Gefährdung bedeutet, Massenvergewaltigungen durch Gangs weit verbreitet sind und Mädchen und junge Frauen auch in Ausbildungsstätten keinesfalls vor Übergriffen geschützt sind.

Physische Gewalt, die während der Kolonialzeit und der Apartheid das Vorgehen der weissen Machthaber prägte, wurde im Befreiungskampf zum legitimen Mittel der Interessensdurchsetzung und avancierte zum wesentlichen Merkmal von Männlichkeit, dies in einer Situation, die jungen Männern Selbstbehauptung durch Arbeit und soziale Anerkennung weitgehend vorenthält. Beanstandet wird, dass Gewalt gegen Frauen weder von den zuständigen

staatlichen Institutionen noch durch soziale Sanktionsmechanismen angemessen geahndet wird. Die betroffenen Frauen sehen im Schweigen immer noch den besten Schutz – sie dürften durch Fälle wie den skandalösen Vergewaltigungsprozess gegen den südafrikanischen Vizepräsidenten Jacob Zuma in dieser Haltung bestärkt worden sein. ■

Rita Schäfer, *Im Schatten der Apartheid, Frauen-Rechtsorganisationen und geschlechtsspezifische Gewalt in Südafrika*, Münster 2005 (LIT Verlag)

Krimi in Douala

bfr. Die Fotografin Ada Simon ist aus Afrika zu einer Tagung über Tropenholz nach Mecklenburg gereist. In einem halbverfallenen Schloss treffen sich internationale Geschäftsleute, um nicht nur über Holzgeschäfte zu reden. Ada sieht sich dort mit einem unheimlichen Mann konfrontiert, der in Kamerun immer wieder ihren Weg gekreuzt hat. Denn in Kamerun hat alles angefangen.

Die Geschichte knüpft bei ihrem ersten Krimi «Spiegelreflex» an und geht temporeich über in den Kampf um Holz, Kunst und um den Rohstoff des Handyzeitalters Coltan. Das Ende ist eher verwirrend, was die ansonsten spannende Geschichte etwas ausbremst. ■

Lena Blaudez, *Farbfilter*, Zürich 2006 (Unionsverlag)

Afrika-Kalender 2007

red. Ein übersichtliches Wochen-, Monats- und Jahreskalendarium, genügend Platz für die wichtigsten Notizen jeden Tag, angereichert mit den wichtigsten Daten aus der Geschichte Afrikas: Der neue Afrika-Taschenkalender 2007 von Brandes und Aspel passt in jede Hosen- oder Handtasche. Die dazwischen gestreuten Kurztexthe lockern das Tram- oder Busfahren auf, immer wieder erfährt man/frau etwas Neues. ■

Afrika-Taschenkalender 2007, Brandes & Aspel, Frankfurt/Main 2006

Zakes Mda | Der Walrufer

Mit den Menschen will der Walrufer, der abseits in einer Hütte an der südafrikanischen Küste lebt, nichts mehr zu tun haben. Seine ganze Liebe gilt den Walen: Wenn er eine bestimmte Melodie auf seinem Horn anstimmt, kann er die Wale draussen im Meer zu sich locken. Doch dann taucht Saluni auf, eine Frau, die in roten Stöckelschuhen durch die Kneipen der Stadt zieht, und stellt sein Leben auf den Kopf.

Unionsverlag, 2006

J.M. Coetzee | Zeitlupe

Paul Rayment's Leben ist aus den Fugen. Aber da taucht Elizabeth Costello auf und stellt als unnachgiebiger Quälgeist und ungebetener Schutzengel sein Leben ein zweites Mal auf den Kopf – ein wilder Reigen reisst ihn fort.

S. Fischer, 2005

Deon Meyer | Das Herz des Jägers

Thobela, ein ehemaliger Befreiungskämpfer scheint seinen Frieden gefunden zu haben. Mit der Frau, die er liebt, und ihrem kleinen Sohn, lebt er in Kapstadt, bis er von den Schatten seiner Vergangenheit eingeholt wird. Ein alter Freund aus den Tagen ist gekidnappt worden, und Thobela hat 72 Stunden Zeit, eine Diskette mit brisantem Material nach Sambia zu bringen. Sollte er es nicht rechtzeitig schaffen, wird man seinen Freund töten. Gejagt von Geheimdienst und Polizei und immer in Angst um das Schicksal seiner Freundin, die er zurücklassen muss, rast Thobela auf einem Motorrad seinem Ziel entgegen.

Rütten & Loening, 2005

Thomas Mapfumo and the Black Unlimited: Rise Up

Thomas Mapfumo kann wohl als eine Musik-Legende Zimbabwes betrachtet werden. Er ist so etwas wie der Vater der elektrischen Mbira-Musik. Die Mbira, eine Art Fingerklavier in einem Resonanzkörper, ist ein eigentliches Nationalinstrument. Zusammen mit der Marimba (Xylophon) und dem Hosho (Klappern) spielt es bis heute eine wichtige Rolle im spirituellen Leben Zimbabwes. Thomas Mapfumo erneuerte die Musik, gab ihr mehr Power und Pfiff und erweiterte den Sound mit elektrischen Gitarren, Schlagzeug, Keyboards und Blasinstrumenten. Mapfumo beeindruckt auch mit seiner vollen Stimme, er singt meist in Shona, und er ist ein radikaler und kritischer Sänger und Kommentator. Unvergessen bleiben seine Chimurenga-Songs während des Befreiungskampfes in der 70er Jahren. Später prangerte er aber auch die Mächtigkeiten der nachkolonialen Regierung an und dabei wurde seine Platte Corruption auf den Index gesetzt. Heute lebt Thomas Mapfumo, wie so viele andere Kulturschaffende Zimbabwes, im Exil.

Mapfumo machte in seiner Musik auch immer wieder Verbindungen zum Reggae, doch ist der druckvolle Mbira-Sound schlussendlich immer bestimmend.

Nun ist eine neue CD auf dem RealWorld-Label rausgekommen, welche voll überzeugt. Mapfumo's Stimme ist in Vollform, seine Texte bissig wie eh und je und die Band sehr überzeugend. Die zwei Mbira-Spieler Bezil Makombe und Chaika Mhembere geben ihr Bestes und auch die übrigen Musiker machen besten modernen Sound mit traditionellen Wurzeln. Thomas Mapfumo, der majestätisch-dreadgelockte Löwe von Zimbabwe, erweist sich wieder einmal mehr als Meister der elektrischen Mbira-Musik.

Zu hören ist Thoams Mapfumo mit seiner Band auch auf der soeben erschienen CD «Live 8 At Eden: Africa Calling» vom gleichnamigen Konzert welches letzten Juli

in Cornwell, England, stattfand. Diese CD gibt übrigens einen guten Überblick zum aktuellen afrikanischen Musikschaffen mit all seinen Stilen und Neuerungen.

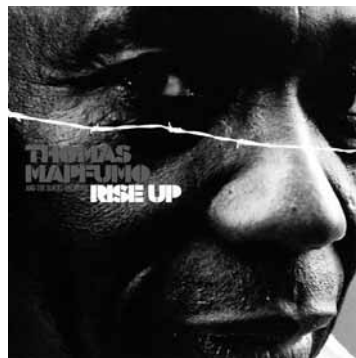
Vom aktuellen Africa-Rap (u.a. mit Emmanuel Jal und Daara J) über Soukous (Kanda Bongo Man) bis zu aktuellen Frauenstimmen (u.a. Maryam Mursal) und jungem Berber-Sound (Tinariwen) ist auf dieser CD viel gute Musik zu hören.

Oliver Mtukuzi

Von einem andern Musikstar aus Zimbabwe, dem auch hierzulande beliebten und bekannten Oliver «Tuku» Mtukudzi, ist auf dem weltweit vertriebenen südafrikanischen Label Sheer Sound eine sehr gute Compilation erschienen. Die CD Wonai überzeugt voll und ganz. Und die Auswahl der Stücke hat es in sich: Todii, Kunze Kwadoka, Ndakuvara, Tozeza.

- Thomas Mapfumo and the Blacks Unlimited, Rise Up (CD); RealWorld-Records
- Oliver «Tuku» Mtukudzi, Wonai (CD), Compiled by Rob Cowling; Sheer Sound ZA.
- Live 8 At Eden, Africa Calling (CD); RealWorld-Records

Alle CDs bei Comedia erhältlich.



Bezugsadresse:
 Buchhandlung Comedia,
 Katharinengasse 20,
 9004 St. Gallen.
 medien@comedia-sg.ch.
 www.comedia-sg.ch, mit
 umfassendem
 Angebot aktueller CDs mit
 Musik aus Afrika.

Aus der Projektarbeit

Licht für Berakit Abbay!

Im letzten «Afrika-Bulletin» und auch mit einem Spendenbrief haben wir Sie über unsere Sammlung für den Kauf und die Installation von Solarenergieanlagen in Berakit Abbay, einem Dorf in Eritrea, informiert.

Seit jeher werden die einfachen Häuser in Berakit Abbay durch Fackeln und allenfalls Petrollampen erleuchtet. Die Stromleitung endet 15 Kilometer entfernt. Auf lange Sicht wird die Bevölkerung auf dem Land keinen Zugang zur für uns selbstverständlichen Elektrizität haben. Es ist deshalb nahe liegend, die im Übermass vorhandene Sonnenenergie zu nutzen. Die technischen Fertigkeiten vor Ort zur Installation und für den Unterhalt sind mittlerweile gegeben.

Unser langjähriger Gewährsmann, Salesianerpater Abba Fessehatsion, der in der Don Bosco Technical School in Dekemhare arbeitet, wird wiederum für den korrekten Ablauf dieses neuen Projektes sorgen.

Für die Elektrifizierung des ganzen Dorfes wird mit Kosten von 80 000 Franken gerechnet, rund 530 Franken pro Familie.

Wir bitten unsere Leserinnen und Leser um ihre finanzielle Unterstützung dieses kleinen, aber sinnvollen Projekts. Benutzen Sie den beiliegenden Einzahlungsschein für eine Spende auf PC 40-17754-3; Vermerk «Eritrea».

Veranstaltungshinweis

Leidet Afrika an zu viel Entwicklungshilfe?

Öffentliche Tagung aus Anlass des 35. Geburtstags von Alliance Sud, der entwicklungspolitischen Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks

**Freitag, 24. November 2006, 8.45 bis ca. 13.45 Uhr
Kongresszentrum Kursaal, Kornhausstrasse 3, Bern,
Saal Intermezzo**

Mit Bundesrätin Micheline-Calmy Rey, Jürg Krumenacher (Präsident Alliance Sud, Direktor Caritas Schweiz), Charles Abugre (Christian Aid, London), Huguette Akplogan (Social Watch, Benin), Peter Niggli (Geschäftsleiter Alliance Sud), Anne Sophie Gindroz (Helvetas, Mali), Edita Vokral (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit Deza) und Ruedi Küng (Afrika-Korrespondent Schweizer Radio DRS).

Weitere Informationen und Anmeldung: www.alliancesud.ch

Filmhinweis

Congo River

red. Eine absolut faszinierende, packende Reise von der Mündung bis zur Quelle des Kongos, des grössten Flussgebietes der Welt. Wir lernen die Mythologie des Flusses kennen, erleben den Alltag mit all seinen Facetten und begegnen den legendären Gestalten, die im Herzen Afrikas Geschichte geschrieben haben: Forschern wie David Livingstone und Sir Henry Morton Stanley, Königen der Kolonialzeit sowie den afrikanischen Führern wie Lumumba, Mobutu und Kabila.

Congo River, ein Film von Thierry Michel, kommt am 30. November 2006 in die Deutschschweizer Kinos.

LeserInnenservice

Ich bestelle beim Afrika-Komitee

- «Südafrikanische Küche», 2., erw. Auflage (Fr. 29.– + Fr. 4.– Porto)
- «Afrikanisch Kochen» (Fr. 28.– + Fr. 4.– Porto)
- Oliver Mtukudzi, «The Other Side», CD (Fr. 27.– + Fr. 2.– Porto)
- Afrika-Bulletin 123: Angola
- Afrika-Bulletin 122: China–Afrika: Ein spannungsreiches Verhältnis
- Afrika-Bulletin 121: Schweiz–Südafrika: Apartheidbeziehungen
- Afrika-Bulletin 120: Stopp der Wasserprivatisierung!
- Afrika-Bulletin 119: NescaFAIR – Kampagne für einen fairen Handel
- Afrika-Bulletin 118: Kapverde
- Afrika-Bulletin 117: Agenda 21: Projekt «Basel–Tshwane»
- Afrika-Bulletin 116: Erdöl in Angola und Tschad

Ich abonniere das «Afrika-Bulletin»

- Ich werde Mitglied des Komitees (Fr. 60.–/Euro 40.– Jahr, inkl. Bulletin)
- Jahresabonnement (Fr. 25.–/Euro 20.–)
- Unterstützungsabonnement (Fr. 50.–/Euro 35.–)

Ich möchte mehr über das Afrika-Komitee wissen

- Jahresbericht 2005
- Plattform des Afrika-Komitees
- Ich kann für das Afrika-Bulletin werben, sendet mir Probeexemplare zum Verteilen

Name

Strasse

PLZ/Ort